

Ihre Gesprächspartner/-innen:

Dr. Johann Kalliauer

Mag.^a Bernadette Hauer

Präsident der Arbeiterkammer Oberösterreich

Leiterin der Abt. Bildung, Jugend und Kultur

in der Arbeiterkammer Oberösterreich

**Betreuung für Kinder bis 14 Jahre:
Oberösterreich macht es
seinen Familien schwer**

Pressekonferenz

14. Oktober 2019, 11 Uhr

Arbeiterkammer Linz

Die Arbeiterkammer Oberösterreich hat die Betreuungsangebote für Kinder bis 14 Jahre analysiert. Das Ergebnis ist ernüchternd: Das Angebot geht an der Lebensrealität vieler Österreicherinnen und Österreicher vorbei. So ist es etwa bei weitem nicht Zwölf-Stunden-Tag-tauglich, in manchen Gemeinden reicht es nicht einmal für einen Acht-Stunden-Tag. Viele Familien, in denen beide Eltern berufstätig sind, gehen täglich an ihre Grenzen. Oberösterreich gehört zu jenen Bundesländern mit dem größten Aufholbedarf in Sachen Kinderbetreuung. Es ist höchste Zeit, diese Defizite endlich auszugleichen!

Zwischen Angebot und Realität

Arbeitgeber/-innen verlangen von ihren Beschäftigten maximale Flexibilität: Zwölf-Stunden-Arbeitstage, 60-Stunden-Wochen, nahezu ständige Erreichbarkeit durch die rasant fortschreitende Digitalisierung oder höhere Mobilität. Wie die Betroffenen all das mit ihrem Familienleben und der Betreuung ihrer Kinder vereinbaren sollen, bleibt offen. Denn in ganz Oberösterreich haben nur fünf von 1.247 Kinderbetreuungseinrichtungen mehr als zwölf Stunden am Tag geöffnet. Das sind 0,4 Prozent.

Acht Stunden sind oft schon zu viel

Selbst ein Normalarbeitstag ist mit den aktuellen Öffnungszeiten der Einrichtungen kaum zu schaffen: Mehr als die Hälfte der Kindertagesheime in Oberösterreich haben weniger als acht Stunden geöffnet. Bundesweit sind dies nur 29 Prozent. Und sechs von zehn Krabbelstuben, Kindergärten und Horten schließen in Oberösterreich noch vor 16 Uhr. Im Bundesschnitt sind es nur drei von zehn Einrichtungen.

Sechs Wochen geschlossen

Dazu kommen noch die Schließtage in Krabbelstuben, Kindergärten und Horten, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschweren: In Oberösterreich haben die Kindertagesheime durchschnittlich 27,8 Tage geschlossen. Österreichweit sind dies 21,8 Tage. Die meisten Schließtage gibt es mit 31,8 – also mehr als sechs (Arbeits-)Wochen – bei den Horten in Oberösterreich. Bundesweit sind es hier

nur 24,7 Tage. Auch die Krabbelstuben und Kindergärten haben hierzulande verhältnismäßig lange geschlossen – bei den Krabbelstuben sind es 22,6 Tage, das sind um fast sieben Tage mehr als der österreichische Durchschnitt.

Oberösterreich ist Schlusslicht

Auch bei der Anzahl der Betreuungsplätze für Kleinkinder unter drei Jahren rangiert Oberösterreich im Bundesländervergleich auf dem vorletzten Platz. Für nur 16,5 Prozent aller Unter-Dreijährigen gibt es überhaupt einen Platz in einer Krabbelstube. Eine Familie, in der beide Eltern arbeiten wollen oder müssen, braucht also auch eine gehörige Portion Glück, um Beruf und Kinderbetreuung unter einen Hut zu bringen. Noch schwieriger wird es für Familien, in denen beide Elternteile Vollzeit arbeiten: Denn Betreuungsplätze, die „vollzeitjob-tauglich“ sind (45 Stunden von Montag bis Freitag, 9,5 Stunden täglich geöffnet, Mittagessen, maximal fünf Wochen geschlossen pro Jahr) gibt es nur für vier von 100 Kleinkindern unter Drei! Damit liegt Oberösterreich im Bundesländervergleich weit abgeschlagen auf dem letzten Platz. Der Bundesschnitt liegt bei 16,1 Prozent. Hier hat Oberösterreich also einen ganz enormen Aufholbedarf.

Fehlende Dynamik im Industriebundesland

Ein Blick auf die Betreuungsquote bei den Kleinsten im Zeitverlauf zeigt: Oberösterreich hat seit 1995 im Vergleich zu anderen Bundesländern das eigene Angebot prozentuell wenig vergrößert. Von damals 2,4 Prozent auf heute 16,5 Prozent, also um das Siebenfache. Ein mageres Resümee für ein Industriebundesland. Vorarlberg etwa hat sein Angebot um das 90-Fache ausgeweitet: von damals 0,3 Prozent auf heute immerhin 27,4 Prozent.

Auch bei den Drei- bis Fünfjährigen sieht es nicht besser aus. Obwohl es für den Großteil der Kinder zwischen drei und fünf Jahren einen Kindergartenplatz gibt, sind nur 22,2 Prozent so gestaltet, dass beide Elternteile eine Vollzeitbeschäftigung ausüben können. Im Vergleich zum Vorjahr ist das sogar ein Rückgang um 1,4 Prozentpunkte!

Rückwärts statt vorwärts

Anstatt eine längst überfällige Kurskorrektur bei der Kinderbetreuung in Oberösterreich einzuleiten, hat die Landesregierung Maßnahmen gesetzt, die das Angebot weiter einschränken. Die seit 1. Februar 2018 geltenden Kindergartengebühren für den Nachmittag etwa haben dazu geführt, dass im Schnitt an jedem Wochentag 28 Prozent der Kinder aus der Nachmittagsbetreuung genommen wurden. Das sind im Durchschnitt von Montag bis Donnerstag mehr als 3.000 Kinder, die nachmittags nicht mehr im Kindergarten betreut werden. Damit ist der Rückgang im Kindergartenjahr 2018/19 viel weitreichender, als sich das schon im zweiten Halbjahr des Kindergartenjahres 2017/18 in einer Erhebung des Landes Oberösterreich abgezeichnet hat.

Nachmittagsgebühren und ihre Folgen

Seit der Einführung der Nachmittagsgebühren hat sich auch die Anzahl der Gemeinden, die überhaupt kein Angebot für den Nachmittag haben, von 40 auf 78 Gemeinden erhöht. Zusammen mit jenen Ortschaften, die gar keinen Kindergarten haben, sind es in Oberösterreich derzeit 107 Gemeinden. 2017/18 waren dies „nur“ 69 Gemeinden.

Es ist davon auszugehen, dass die Kindergartengebühren dazu führen, dass sozial schwächere Familien ausgegrenzt werden. Daran ändert auch die Staffelung der Gebühren nach Einkommen nichts, wie folgende Zahlen der Statistik Austria zeigen: Nutzten in den Vorjahren etwas mehr als die Hälfte der Kinder ein ganztägiges Angebot, so waren es im Kindergartenjahr 2018/19 nur mehr rund 38 Prozent. Auch die Zahl der Kinder, die im Kindergarten zu Mittag essen, ist im Vergleich zum Vorjahr um 1.745 gesunken (von 53 Prozent auf 47,8 Prozent).

Kaum Transparenz bei den Kosten

Die mögliche Bandbreite des Nachmittagsbeitrags für die Eltern ist in einer Verordnung der Landesregierung – der sogenannten Elternbeitragsverordnung – geregelt. Die Gemeinden setzen diese dann in ihre eigenen Tarifordnungen um. Die AK hat festgestellt, dass die Tarifordnungen bei rund 54 Prozent der oberösterreichischen Gemeinden weder auf der Website der Gemeinde noch auf der

Homepage der Kinderbetreuungseinrichtung zu finden sind. Nur 46 Prozent machen ihre Tarifordnung im Internet öffentlich einsehbar, leider sind acht Prozent davon in einer veralteten Version online. In Elternbefragungen zur Kinderbetreuung und aus Beratungsgesprächen in der Arbeiterkammer wird immer wieder thematisiert, dass sich oberösterreichische Eltern mehr Transparenz und Orientierung bei der Kostengestaltung wünschen.

Zum Teil enorme Zusatzkosten für die Eltern

Zu den Nachmittagsgebühren kommen aber noch weitere finanzielle Belastungen, die für viele Familien nicht leicht zu stemmen sind: Materialbeitrag, Essensbeitrag und die Transportkosten. Die Bandbreite dieser Kosten ist in den oberösterreichischen Gemeinden groß, hier werden Familien recht unterschiedlich zur Kasse gebeten, wie folgende Aufstellung zeigt:

ZUSATZKOSTEN IN OÖ KINDERBETREUUNGSEINRICHTUNGEN		
Zusatzkosten in Kinderbetreuungseinrichtungen für die Eltern	Höchster Beitrag in einer öö. Gemeinde pro Monat	Niedrigster Beitrag in einer öö. Gemeinde pro Monat
Essensbeitrag	200 Euro	30 Euro bzw. 54 Euro (einkommensabhängig)
Materialbeitrag	11,30 Euro	2 Euro
Transportbeitrag	32 Euro	8 Euro

AK Grafik Quelle: AK Recherche

Betreuung für Schulkinder

Für Schulkinder im Alter von sechs bis 14 Jahren hat Oberösterreich ein verhältnismäßig stark ausgebautes Hortangebot. Etwa jedes zehnte Schulkind hat im Hort oder einer altersgemischten Kindergartengruppe einen Platz. Gemeinsam mit der schulischen Nachmittagsbetreuung liegt Oberösterreich mit rund 27 Prozent Betreuungsquote hier zumindest im österreichischen Mittelfeld.

Für ganz Österreich gilt, dass sich die Bedürfnisse und Anforderungen an Betreuung verändern: Die Unterstützung beim Lernen oder bei den Hausübungen rückt stärker in den Mittelpunkt. Eltern wünschen sich dabei mehr Hilfe und kaufen

diese auch teuer nach: Jährlich geben Familien bundesweit 101 Millionen Euro für private Nachhilfe aus, fast die Hälfte davon wird für Nachhilfe in der Volksschule, NMS und AHS-Unterstufe ausgegeben. Ganztägige Schulformen, bei denen Unterricht, Freizeit und Förderung über den Tag verteilt abwechselnd stattfinden, würden hier Abhilfe schaffen. Der Ausbau solcher Schulen stagniert aber seit Jahren. In Oberösterreich gibt es derzeit nur insgesamt 18 öffentliche „echte“ Ganztagschulen mit verschränktem Unterricht.

Ganztägige und qualitätsvolle Betreuung

Das lückenhafte Angebot durchgängiger, qualitätsvoller Tagesbetreuung stellt Eltern also nicht nur während der Kindergartenzeit, sondern auch im Schulalter vor große Probleme. Gerade im Alter zwischen sechs und 14 gibt es einfach zu wenige ganztägige Betreuungsangebote und kein „Elternrecht“ auf eine ganztägige Schulform. Viele Familien fühlen sich hier allein gelassen. Dabei sollten alle Eltern die Möglichkeit haben, ihre Kinder auch nachmittags in qualitätsvoller Betreuung zu wissen.

Forderungen der AK Oberösterreich

- Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Betreuungseinrichtung ab dem zweiten Lebensjahr
- rascher Ausbau der Kinderbetreuungsangebote durch mehr Plätze, vor allem bei den Unter-Dreijährigen und mehr Kinderbetreuungsplätze, die mit einer Vollzeitarbeit vereinbar sind
- mehr echte Ganztagschulen für 6- bis 14-Jährige
- verpflichtende Durchführung von zielgerichteten und aussagekräftigen Bedarfserhebungen zur Kinderbetreuung in allen Gemeinden Oberösterreichs und Transparenz in der Preisgestaltung
- bedarfsgerechte Schulfinanzierung: Schulstandorte mit besonderen sozialen Herausforderungen und pädagogischen Förderbedarfen benötigen eine bedarfsgerechte Zusatzfinanzierung.
- Einführung eines zweiten verpflichtenden kostenlosen Kindergartenjahres für alle Kinder
- Rücknahme der Elternbeiträge für die Nachmittagsbetreuung ab dem 30. Lebensmonat bis zum Schuleintritt